

Nebrer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 RM.

Schriftleitung: Bülh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Ne 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Stellamittel 20 Pf. Anzeigenannahme an Dienstagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 82

Sonnabend, den 13. Juli 1929

42. Jahrgang

Vereinigten Staaten von Europa! Ein Vorstoß Briands beim Völkerverbund?

Paris, 12. Juli.

Die Gerüchte, die von einer Konferenz zur Vorbereitung der Vereinigten Staaten von Europa wissen wollten, finden nunmehr ihre Bestätigung durch Auslassungen des „Deure“ dem man gute Beziehungen zum Außenminister Briand nachsagt. Das Blatt schreibt hierüber:

Am dem Tage, an dem Briand Defferre warnte, nicht in Deutschland anzugehen, sondern in Europa, waren seine Pläne bereits fertig, Europa zusammenzuschließen. Er wollte es zuerst vollständig durchführen, dann politisch dazu übergehen sich für ein Jahr für sich selbst und nicht gegen jemanden — gemeint ist Amerika — bemühen zu werden. Zur Verwirklichung dieses seines alten Traumes schied sich Briand jetzt an. Zu seinem großen Plan, der sehr viele und feste Freuen, besonders die Engländer und Niederländer, begeistern soll, hat Briand jetzt zahlreiche günstige Meinungsäußerungen aller im Völkerverbund vertretenen Mächte erhalten, so daß er hofft, seinen Plan im September der Völkerverbundversammlung in großer Fülle unterbreiten zu können. Gegen Ende des Jahres soll dann eine Konferenz stattfinden, die die erste Grundlage für eine europäische Organisation schaffen soll.

Das „Echo de Paris“, das ebenfalls von einer beratenden Initiative Briands im Sinne der Vereinigten Staaten von Europa spricht, läßt an einem solchen Pläne auffallend lausende Kritik.

Das Blatt begründet Briands Absichten folgendermaßen: Briand sieht die Schwierigkeiten seiner Politik von Locarno und Schönerer her, zuerst die Räumung, dann eine große Offensive gegen das französische Heer (Abklärung) und gegen die Verbündeten Frankreichs in Mittel- und Osteuropa unter dem Vorwande des Völkerrechts.

Zur Bestärkung zu vieler Gefahren

kann Briand nicht einmal auf die Unterlegung Englands rechnen. Was wir gewonnen sein werden in Ausführung der von Briand unterzeichneten Verpflichtungen nachzugehen, wird er als ein Opfer, das den edlen Idealen gebracht wird, bezeichnen.

Angere Verbündeten

von Warschau. Frage ist, die durch das Nachgeben der französischen Politik geschwächt wurden, werden den Rat erhalten. Ihre Hoffnung und ihre Stärkung in der europäischen Verflechtung zu finden.

Nur sind der Meinung, so lange im europäischen Staatenkonferenz immer noch zwischen Siegern und Besiegten unterscheiden wird, so lange zu diesen Siegern sich sogar Polen, Tschechen, Serben und Rumänen rechnen, so lange die angeblich alleinige Krönung eines Teils als geschäftliche Propagandamittel benutzt wird, so lange ein Teil unter sicher untrüglichen Zahlen leidet, während der andere gerade hieraus blühenden Aufschwung nimmt, so lange die Diktatorverträge Geltung besitzen, die es mit den Vereinigten Staaten von Europa nicht abgeben, der vielschichtige Herr Briand läßt selber sein Lebenswerk zunächst in einer aufständigen Verflechtungspolitik zu jenen, die nirgends tiefstehenden Stadel hinterläßt, und danach zu handeln.

Ein großer Tag in Paris.

Poincaré vor der Kammer.

Paris, 12. Juli.

Die Kammerführung, in der Poincaré nochmals alle die Ausführungen, die er vor dem auswärtigen Ausschuss und dem Finanzkommission im Laufe der letzten Zeit gemacht hatte, wiederholen und vertiefen will, begann um 3 Uhr nachmittags. Trotz tropischer Hitze in der Stadt ist es kühl im Palais Bourbon, in dem die Abgeordneten sehr zahlreich versammelt sind. Fast sämtliche Minister sind anwesend. Sofort nach Eröffnung der Sitzung erteilte der Präsident dem Ministerpräsidenten das Wort. Wer erwartet hatte, daß Poincaré mit langsamen Schilderungen der Ereignisse beginnen werde, die zu der kritischen Lage führten, in der sich Land und Regierung wegen der Ratifizierung der Schuldenabkommen befinden, ließ sich angenehm überraschen. Nach wenigen Minuten Worten ging Poincaré bereits auf die einzelnen Fragen ein. Das Haus folgte ihm kühl und kritisch und fragte mit Beifall.

Wahre Widerspruch erhob sich mehrfach auf den Wünschen der Linken, doch kam es nicht zu längeren Unterbrechungen.

Poincaré wies zunächst auf den engen Zusammenhluß zwischen den interalliierten Schulden einerseits und dem Youngplan andererseits hin. Er warnte vor der Ratifizierung, die niemand verstehen und die ehemaligen Verbündeten Frankreichs aufs schärfste verurteilen würden. Falls die Kammer kein Vertrauen zur gegenwärtigen Regierung habe, daß diese die kommenden Verhandlungen gut führen werde, sollte sie der Regierung ihr Vertrauen entziehen. Schließlich er ließ schwarz alle, müde er so verdienten Bevölkerungsgruppen wie den ehemaligen Frontkämpfern gegenüber, die die Fragen nicht klar erkennen, die Stimme der Vernunft walten lassen.

Die Schulden an Amerika seien anerkannt und seien im Voraus ratifiziert.
Man könne es bedauern, daß eine Vorbehaltsklausel fehle, doch könne man dies nicht mehr ändern, da alle Verträge

in dieser Richtung abgeschlossen seien. Frankreich befände sich dabei in der schlechtesten Lage wie die übrigen Verbündeten. Dabei habe die Regierung durchaus nicht die Absicht, die Vorbehalte völlig preiszugeben. Wenn sie sie aber in das Gesetz selbst aufgenommen hätte, dann würde die Ratifizierung von Amerika abgelehnt werden. Wenn der Youngplan in Kraft trete, würden die Zahlungen Deutschlands durch Vermittlung der internationalen Bank direkt an Amerika erfolgen.

Außerordentliche Erregung benötigte sich des ganzen Hauses, als Poincaré die Kammer fragte, ob sie sich die Folgen einer eventuellen Ablehnung überlegt hätte. Merde Deutschland, so erklärte Poincaré, nicht sofort etwas folgendes erwidern:

Er hat von uns Deutschen eine Verpflichtung über 12 Jahre im Young-Plan verlangt und mit der französischen Verpflichtung begründet, an die Vereinigten Staaten gleichfalls 12 Jahre zahlen zu müssen. Wenn er das Abkommen mit Amerika nicht ratifiziert, dann liegt für uns Deutsche keinerlei Verantwortung vor, uns allein auch gegenüber für 12 Jahre zu binden. Das würde für Deutschland eine völlig neue Lage ergeben, und der Young-Plan wäre gefährdet.

Für den weiteren Verlauf seiner Rede gab Poincaré dann folgende Dispositionen: Er werde zuerst über die Schulden an Amerika, dann über die Schulden an England und schließlich über die Wiedererstattungen und den Young-Plan sprechen. Poincaré begann hierauf mit dem ersten Teil seiner Ausführungen.

Arbeit der Organisationsausschüsse.

Deutsche Vertreter schon ernannt.

Berlin, 11. Juli.

Nachdem das Reichskabinett sich in letzter Zeit mehrfach mit der Frage der im Young-Plan vorgesehenen Organisationsausschüsse beschäftigt hat, ist die Entscheidung u. a. auch darüber gefallen, welche Persönlichkeiten Deutschland in die Ausschüsse entsenden will. Ueber die Namen der deutschen Vertreter hilft man sich an zukünftiger Stelle jedoch noch in Schweigen. Da es sich vorwiegend um die Ausarbeitung eingehender Entwürfe über bestimmte technische Fragen handelt, ist zu erwarten, daß die Sachverständigen der beteiligten Ministerien, also des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und des Auswärtigen Amtes, den Hauptteil der Arbeiten übernehmen werden.

Neben dem Organisationsausschuss für die Bank für internationale Zahlungen ist von ganz besonderer Wichtigkeit der Organisationsausschuss für die Anpassung der nach dem Dampesplan erlassenen deutschen Gesetze. Dieser Ausschuss wird drei Unterausschüsse haben, die aus je zwei von und je zwei von der nächsten Regierung ernannten deutschen Mitgliedern bestehen soll. Zwei dieser Unterausschüsse werden sich mit den großen Fragen der Unabhängigkeit der Reichsbank bzw. der Unabhängigkeit der Deutschen Reichsbankgesellschaft beschäftigen. Der dritte Unterausschuss wird für die im Zusammenhang mit den Treuhändern vorzunehmende Anpassung des Systems zu sorgen haben, nach dem die für die Damesanleihe bestellten Sicherheiten verpfändet werden.

Neue Unterredung Hoelsch-Briand.

Paris, 12. Juli.

Von deutscher amtlicher Stelle in Paris wird folgende Verlaufsanzeige ausgegeben:

Hofschetter v. Hoelsch hatte mehrere Unterredungen mit dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Philippe Berthelot, und mit dem Außenminister Briand. Die Unterredungen dienten der Fortführung der Aussprache über die mit der organisatorischen Vorbereitung der Regierungskonferenz zusammenhängenden Fragen.

In der Unterhaltung zwischen dem deutschen Botschafter v. Hoelsch einerseits und dem französischen Außenminister Briand und dem Generalsekretär Berthelot andererseits sind noch einmal alle dieselben Fragen besprochen worden, die bereits zu Beginn der von Hoelsch eingeleiteten eingehenden Unterredungen waren, insbesondere die Zerteilung der bevorstehenden Konferenz in einen politischen Teil und in einen zweiten Teil, der den Arbeiten über den Young-Plan gewidmet sein soll. So hatte es die Reichsregierung richtig befunden, diejenigen Gesichtspunkte, die sie einmal bereits durch Herrn v. Hoelsch hatte vortragen lassen, noch einmal zu wiederholen, um ihnen noch mehr Nachdruck zu verleihen.

Noch immer kein Räumungstermin!

Die Tribut- und Räumungsfrage vor dem Unterhaus.

London, 11. Juli.

Die Tribut- und Räumungsfrage war Gegenstand mehrerer Anfragen im Unterhaus. Schatzkanzler Snowden erklärte, daß die Regierung durch die Annahme der Empfehlungen der Pariser Sachverständigen in ihrer Handlungsfreiheit auf der bevorstehenden Konferenz in keiner Weise gebunden sei. Der Sachverständigenbericht werde gegenwärtig noch sorgfältig geprüft.

Der Kriegsminister gab bekannt, daß in diesem Jahre von der britischen Besatzungsarmee am Rhein keinerlei Wänder durchgeführt werden. Weiter den Räumungszeitpunkt nennt der Minister jeden näheren Hinweis, doch lassen die letzten Erklärungen des Außenministers keinen Zweifel, daß aus der Kündigung der deutschen Zivilangehörigen in Dienste der englischen Besatzungsarmee zum 1. September nicht ohne weiteres auf den zu diesem Zeitpunkt erfolgenden Abzug der englischen Truppen geschlossen werden kann. Für den völligen Abzug der Engländer kommt der 1. September, wie mehrfach betont wurde, nicht mehr in Frage. Das wahrscheinlichere Räumungsdatum liegt in der Nähe der Weihnachtstage.

Es ist anzunehmen, daß die englische Regierung für den Fall, daß eine Einigung über die vollständige Räumung nicht erzielt werden kann, Zeit findet, um die damit auch eine Räumung unabhängig von den Besatzungsmaßnahmen durchzuführen.

Räumungsvorbereitungen in der 2. Zone.

Köln, 11. Juli.

Das Reichsvermögensamt erließ ein Schreiben der französischen Kommandantur, worin Anweisung für den Abtransport von Borräten, Wohnungs- und Bureau-Einrichtungen und sonstigen Material der Besatzung gegeben wird. Es ist dies die erste Mitteilung an eine deutsche Stelle, aus der sich ersehen läßt, daß tatsächlich in der Koblenzer Zone Vorbereitungen zur Räumung getroffen werden. Die Borräte und das Material werden nach der dritten Zone geschafft. Dorthin sollen demnächst auch eine Anzahl amtlicher Besatzungsstellen verlegt werden, worauf wohl die Forderungen nach Wohnungsstellen in der dritten Zone zurückzuführen sind. Von der Verlegung von Truppen nach der dritten Zone ist bisher nichts bekannt.

Flottenabrüstung in England.

Bericht der Arbeiterregierung auf das U-Boot-Programmm.

London, 12. Juli.

Die Regierung soll nicht beabsichtigen, das gesamte Flottenaufrüstungsprogramm der konservativen Regierung durchzuführen. Das Kabinett bräute derzeit darüber, welche Neubauten gestrichelt werden könnten. Ursprünglich habe die Absicht bestanden, das Programm vollkommen aufzugeben. Nur unter Berücksichtigung der Tatsache, daß viele Arbeiter dadurch brotlos werden, habe sich die Regierung entschlossen, ihre erste Entscheidung umzuwidern. Im August läßt hierauf im Kabinett aber Uebereinstimmung darüber, das U-Boot-Programmm fallen zu lassen.

In der Kabinettssitzung sei über diesen Punkt bereits verhandelt worden. Im übrigen würde die endgültige Entscheidung der Regierung, das U-Boot-Programmm aufzugeben, eine Geste in der Abrüstungsfrage darstellen, die einen moralischen Einfluß auf die anderen Mächte ausüben würde. Die Liberalen würden die Regierung bei diesem Schritt unterstützen.

Der Nachdruck dieser Feststellungen liegt in dem Bericht auf das U-Boot-Programmm, für den eine Bestätigung abzuwarten bleibt.

Überwachungsaußschuß völlig unnötig

... sagt der „Daily Telegraph“.

London, 12. Juli.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ berichtet ergänzend über den Inhalt der französischen Unterredungen, daß, abgesehen von der Einigung über den Zeitpunkt und der Annahme der englischen Forderung auf gleichzeitige Behandlung der politischen wie finanziellen und wirtschaftlichen Fragen, die französische Regierung noch wie vor durchgefordert, wenn auch gleichzeitige Behandlung der politischen und technischen Fragen Sonderbereiche für sich zu gewinnen wolle. Hinter der Ablehnung Londons als Teilungsort verberge sich wahrscheinlich der französische Wunsch, auf diese Weise den Vorstoß der Konferenz zu erhalten.

Der Berichterstatter weist weiter darauf hin, daß gewisse, in der letzten Note angeführte Anfragen über das einzuschlagende Verfahren auf britischer Seite Widerspruch finden dürften, so wenn man auf französischer Seite die Genfer Entscheidung vom September 1928 als endgültig hinzustellen läßt, als ob es sich um einen Vertrag zwischen Regierungen handele, während es in Wirklichkeit nur ein vorläufiges Uebereinkommen sei. England habe auch nicht wie Frankreich die Rheinlandräumung der Endregelung der Kriegenschuldungsfrage und Abwicklung eines Uebereinkommens zwischen dem Rheinland untergeordnet. Uebereinkommensaußschüsse im Rheinland untergeordnet, während es sich um einen Vertrag zwischen Regierungen handele, während es in Wirklichkeit nur ein vorläufiges Uebereinkommen sei. England habe auch nicht wie Frankreich die Rheinlandräumung der Endregelung der Kriegenschuldungsfrage und Abwicklung eines Uebereinkommens zwischen dem Rheinland untergeordnet. Uebereinkommensaußschüsse im Rheinland untergeordnet, während es sich um einen Vertrag zwischen Regierungen handele, während es in Wirklichkeit nur ein vorläufiges Uebereinkommen sei. England habe auch nicht wie Frankreich die Rheinlandräumung der Endregelung der Kriegenschuldungsfrage und Abwicklung eines Uebereinkommens zwischen dem Rheinland untergeordnet.

Berliner Ereignisse.

Die Staatsanwaltschaft im Drow-Prozess.

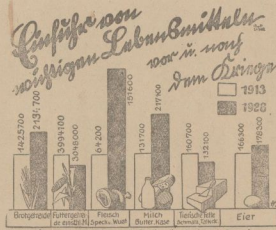
Im Drow-Prozess begannen die Vertreter der Anklage, erster Staatsanwalt Köhler und Staatsanwaltschaftsrat Ebel, ihre Klagen, an deren Schluss Staatsanwaltschaftsrat Ebel beantragte, die beiden Angeklagten Drow und Pawlowski des Betruges in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung schuldig zu sprechen und unter Zuhilfenahme der Umstände Drow eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten und Pawlowski eine solche von fünf Monaten aufzulegen. Der Staatsanwalt beantragte ferner, beiden Angeklagten die Untersuchungshaft von vier Monaten anzurechnen. Er sei der Überzeugung, daß sich Drow und Pawlowski wohl die längste Zeit in Deutschland aufgehalten hätten. Ferner sagte er, daß Drow der Hauptfälscher sei und schwerer bestraf werden müsse als Pawlowski.

Als Welschmeyer in den Tod.

Die Kriminalpolizei wurde in den Grunewald in die Nähe von Dreilinden bei Wannsee gerufen. Dort war die

Leiche eines jungen Mannes aufgefunden worden. Die Anzeigen sprachen zunächst für einen Mord. Die Kommission hat jedoch bei der eingehenden Untersuchung festgestellt, daß der Tote, ein 20jähriger Student Walter Hagemann aus Aachen, der an der Technischen Hochschule in die Selbstmord verübt hat. In Hagemanns Wohnung wurde ein Abschiedsbrief gefunden, in dem er von seinem Vorhaben, Selbstmord zu verüben, Kenntnis gibt. Als Grund bezeichnet er Welschmeyer und Ausschließigkeit des Weiterlebens.

o **Schlechte Kritik.** Dem wegen seines Sarkasmus gefürchteten Kuffenker Naumann nahte sich in einem Salon ein Anfänger, der eben den Fingel mit mehr Dreifigkeit als Geldschilde bearbeitet hatte, und bat um sein Urteil, das heißt sein Lob. Des Prozers kühne Hoffnungen wurden übertrifft; denn Naumann sprach lächelnd: „Sie verdienen vor lauter Beethovens zu spielen.“ — „D. Sie schmeicheln“, rief der junge Mann. — „Durchaus nicht“, entgegnete Naumann gelassen. „Sie wissen doch, daß Beethoven taub war.“



Infolge der Abtretung landwirtschaftlich wichtiger Gebiete, ist die Ernährung des deutschen Volkes auf die Zufuhren aus dem Ausland angewiesen.

Öffentliche Sitzung

der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, den 16. Juli 1929, abends 8 1/2 Uhr im „Ratskeller“.

Z Tagesordnung:

1. Einführung, Verlesung und Berechtigung
 - a) des Beschlusses
 - b) der Magistratsmitglieder.
2. Beschlußfassung über Vergütung der Wasserleitungs- und Klempnerarbeiten für den Flachwohnungsbau.
3. Beschlußfassung über den Ankauf des Schuppen des Seltermeisters Wiefel.
4. Stellungnahme zu einer Abänderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung.

Darauf geschlossene Sitzung.

Nebr., den 11. Juli 1929

Der Stadtverordnetenvorsteher.

gez.: May.

Hartobstverkauf.

Der diesjährige Anhang an **Äpfeln, Birnen u. Pflaumen** der Stadtgemeinde Nebra, der Rittergüter Nebra mit Wippach und Birchtal und des Rittergutes Singst soll **Montag, den 15. Juli 1929, von nachm. 3 Uhr ab im „Schützenhaus“ zu Nebra**

unter den im Termin bekanntzumachenden Bedingungen öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung verkauft werden.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 14. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

Der Flug ins Verderben

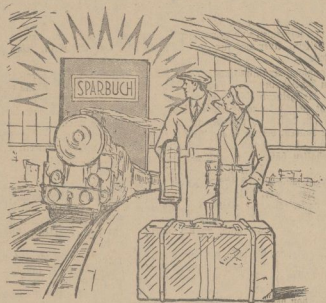
Ferner:

Geburtstagsfreuden.

Es ladet freundlich ein

Vorgwardt.

Wer beizeiten spart



erreicht sein Ziel!
Stadtsparkasse Nebra
Mündelsicher

Die große illustrierte Halbmonatsschrift

MUSIK UND THEATER

die — überaus reichhaltig und vielseitig illustriert — jedem geistig interessierten und am kulturellen Leben Deutschlands teilnehmenden Menschen unentbehrlich ist!

PROBEHEFT für Sie UNSONS!
Bestellen Sie an:
MUSIK- u. THEATER
BERLIN NW 3

Vitzenburg-Preutz

Am Sonntag, den 14. Juli, nachm. von 3 Uhr ab findet unter diesjähriger

Mädchenball

in Preutz statt.

Alle Freunde und Freundinnen von Nah und Fern laden wir freundlichst ein.

Die jungen Mädchen.

Paul Henke, Gastwirt.



Wolke

der elegante Qualitäts Schuh für Alle

8⁷⁵ 10⁷⁵ 12⁷⁵ 14⁷⁵

Hermann Sachse
Schuhmachermeister

Gämtliche Zeitschriften

des In- und Auslandes, auch Versicherungszeitchriften wie:

Der Bergfried
Das Buch für Alle
Für Dich
Der Helfer
Deutsche Landw. Zeitung
Notwende
Sport und Gesundheit
Das Blatt der Hausfrau

Familienhort
Der Hausfreund
Land und Leute
Nach Feierabend
Schöne Dich
Vobachs Familienhilfe
Wohlfahrt
uvm. uvm.

liefert schnell und ohne Aufschlag

Buchhandlung Scharf, Nebra

Stellen-Anzeigen

für den

„Personal-Anzeiger des Daheim“

werden durch unsere Geschäftsstelle ohne Spesenauflage vermittelt.

Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Interaktion niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 100 Wfg. für die Zeile (= 7 Zeilen) bei Stellenangeboten und nur 75 Wfg. bei Stellengesuchen und für sonst. kleine Anzeigen 120 Wfg. Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Buchdruckerei Wiltb. Sauer, Köpplen.

Ohne Reklame kein Geschäft!

Wenn Vater waschen müsste....

kaufte er noch heute eine

Original Miele Waschmaschine

Zu haben in den einschlägigen Geschäften.

Mielewerke A.G. Gütersloh/Westfalen
Größte Waschmaschinenfabrik Deutschlands.

„Original-Eoburgia“, die beste Waschlmaschine der Welt. Berufen Sie amerikanischen Deuschense Prospekt.

Generalvertreter
Otto Hoffmann,
Werkzeughandlung,
Querfurt, Telefon 543.

Drucksachen
alter Art
in geschmackvoller, sauberer
Herstellung liefert billigst die
Buchdruckerei W. Sauer
Köpplen

Sehr wichtig für alle Geschäftsleute und Gewerbetreibende!

Wer bei der Steuererklärung keine Differenzen mit dem Finanzamt haben will, der führe das finanzamtlich empfohlene

Universal-Geschäftsbuch

bearbeitet v. Steuerfachmann Ober- und Geheimen Regierungsrat **Singelmann.** Preis RM. 5.50. Zu beziehen von der

Buchhandlung Wilhelm Sauer
ROSSLEREN

Zeit

Leipziger Neueste Nachrichten

Größte, bedeutendste einflussreichste, meistgelesene Tageszeitung ganz Mitteldeutschlands

Tages-Auflage über **180.000**

Verlag Edgar Herfurth & Co. Leipzig 61, Petersstein 1029/19

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Wohnstätten 1.10 Mt.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köpcken.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpcken.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köpcken Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetell 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Arttern.

Nr 82

Sonnabend, den 13. Juli 1929

42. Jahrgang

Bereinigten Staaten von Europa! Ein Vorstoß Briands beim Völkerverbund?

Paris, 12. Juli.
Die Gerüchte, die von einer Konferenz zur Vorbereitung der Vereinigten Staaten von Europa wiffen wollten, finden nunmehr ihre Bestätigung durch Auslassungen des „Denore“, dem man gute Beziehungen zum Außenminister Briand nachsagt. Das Blatt schreibt hierüber:
„In dem Augen, an dem Briand Schreier warnte, nicht in Deutschland auszugehen, sondern in Europa, waren seine Pläne bereits fertig, Europa zusammenzuschließen. Er wollte es zuerst vielleicht nichtig machen, dann politisch dazu bringen, sich seiner für sich selbst und nicht gegen jemanden — gemeint ist Amerika — bemächtigen zu werden. Zur Verwirklichung dieses seines alten Traumes schied sich Briand jetzt an. Zu seinem großen Plan, der sehr viele und ferne Fragen, besonders die Wirtschaft und Währungsangelegenheiten, betreffen soll, hat Briand jetzt zahlreiche günstige Meinungsäußerungen aller im Völkerverbund vertretenen Mächte erhalten, so daß er hofft, seinen Plan im September der Völkerverbundversammlung in großen Zügen unterbreiten zu können. Gegen Ende des Jahres soll dann eine Konferenz stattfinden, die die erste Grundlage für eine europäische Organisation schaffen soll.
Das „Echo de Paris“, das ebenfalls von einer beratenden Initiative Briands im Sinne der Vereinigten Staaten von Europa spricht, läßt an einem solchen Pläne auffallend scharfe Kritik.

Das Blatt begründet Briands Absichten folgendermaßen: Briand sieht die Schwierigkeiten seiner Politik von Locarno und Völkerverbund her, sucht die Räumung, dann eine große Offensive gegen das französische Heer (Abrüstung) und gegen die Verbündeten Frankreichs in Mittel- und Osteuropa unter dem Vorwande des Währungsrechtes.

Zur Befriedigung so vieler Gefahren kann Briand nicht einmal auf die Unterdrückung Englands rechnen. Was wir gewöhnen sein werden in Ausführung der von Briand unterzeichneten Verpflichtungen nachzugehen, wird er als ein Opfer, das den ehelichen Zwecken gebracht wird, bezeichnen.

Neue Verbündeten
von Warschau, Prag usw., die durch das Nachgeben der französischen Politik geschwächt wurden, werden den europäischen Verflechtung zu finden.

Wir sind der Meinung, so lange im europäischen Staatenkonferenz immer noch zwischen Siegern und Besiegten unterschieden wird, so lange zu diesen Siegern sich sogar Polen, Tschechen, Serben und Rumänen rechnen, so lange die angeblich alleinige Kriegsschuld eines Teils als geschlossenes Kronzeugenamt benutzt wird, so lange ein Teil unter überträglichen Vorwänden steht, während der andere gerade hieraus blühenden Aufschwung nimmt, so lange die Diktatorverträge Geltung besitzen, hat es mit dem Vereinigten Staaten von Europa gute Wege. Der vielgeschätzte Herr Briand hat sich sein Lebenswerk aufrecht in einer aufreizenden Verleumdungspolitik zu finden, die nirgends tiefergehenden Schaden hinterläßt, und danach zu handeln.

Ein großer Tag in Paris.

Poincaré vor der Kammer.

Paris, 12. Juli.

Die Kammerführung, in der Poincaré nochmals alle die Ausführungen, die er vor dem auswärtigen Ausschuss und dem Finanzkommissionen im Laufe der letzten Zeit gemacht hatte, wiederholen und vertiefen will, begann um 3 Uhr nachmittags. Trotz tropischer Hitze in der Stadt ist es kühl im Palais Bourbon, in dem die Abgeordneten sehr zahlreich versammelt sind. Fast sämtliche Minister sind anwesend. Sofort nach Öffnung der Sitzung erteilte der Präsident dem Ministerpräsidenten das Wort. Aber er wartete hatte, daß Poincaré mit langatmigen Ausführungen der Ereignisse beginnen werde, die zu der kritischen Lage führten, in der sich Land und Regierung wegen der Ratifizierung der Schuldabkommen befinden, als sich angesehen entfaltete. Nach wenigen entzündlichen Worten ging Poincaré bereits auf die einzelnen Fragen ein. Das Ganze folgte ihm kühl und kritisch und fargte mit Beifall.

Sauer Überprüfer erhob sich mehrfach auf den Bänken der Linken, doch kam es nicht zu längeren Unterbrechungen.

Poincaré wies zunächst auf den engen Zusammenhluß zwischen den interalliierten Schulden einverleibt und dem Youngplan hin. Er warnte vor der Abrüstung Ratifizierung, die niemand verstehen und die ohnehin Verbündeten Frankreichs auf schärfte verurteilen würden. Falls die Kammer kein Vertrauen zur gegenwärtigen Regierung habe, daß diese die kommenden Verhandlungen gut führen werde, sollte sie der Regierung die Vertrauen entziehen. Wichtiges ist ihm schwer falls, mußte er so wachsenden Bevölkerungsgruppen wie den ohnehinigen Frontkämpfern gegenüber, die die Fragen nicht klar erkennen, die Stimme der Vernunft walten lassen.

Die Schulden an Amerika seien anerkannt und seien im Voraus ratifiziert.

Man könne es bedauern, daß eine Vorbehaltsklausel fehle, doch könne man dies nicht mehr ändern, da alle Verträge



auch darüber gefallen, welche Persönlichkeiten Deutschland in die Ausschüsse entsenden will. Ueber die Namen der deutschen Vertreter hilft man sich an zukünftiger Stelle jedoch noch in Schweigen. Da es sich vorwiegend um die Ausarbeitung eingehender Entwürfe über bestimmte technische Fragen handelt, ist anzunehmen, daß die Konferenzreferenten der beteiligten Ministerien, also des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und des auswärtigen Amtes, den Hauptteil der Arbeiten übernehmen werden.

Neben dem Organisationsauschuß für die Bank für internationale Zahlungen ist von ganz besonderer Wichtigkeit der Organisationsauschuß für die Anpassung der nach dem Dawesplan erlassenen deutschen Gesetze. Dieser Auschuß wird drei Unterausschüsse haben, die aus je zwei von und je zwei von der deutschen Regierung ernannten deutschen Mitgliedern bestehen soll. Zwei dieser Unterausschüsse werden sich mit den großen Fragen der Unabhängigkeit der Reichsbank bzw. der Unabhängigkeit der Deutschen Reichsbank befassen. Der dritte Unterausschluß wird für die im Besonderen mit den Fremdwährungen zusammenhängende Anpassung des Systems zu sorgen haben, nach dem die für die Dawesanleihe besetzten Sicherheiten vermarktet werden.

Neue Unterredung Hoersch-Briand.

Paris, 12. Juli.

Von deutscher ämtlicher Stelle in Paris wird folgende Verlautbarung ausgegeben:

Hochschatler v. Hoersch hatte mehrere Unterredungen mit dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Philippe Berthelot, und mit dem Außenminister Briand. Die Unterredungen dienten der Fortführung der Aussprache über die mit der organisierten Vorbereitung der Regierungskonferenz zusammenhängenden Fragen.

In der Unterhaltung zwischen dem deutschen Hochschatler v. Hoersch und dem französischen Außenminister Briand und dem Generalsekretär Berthelot andererseits sind noch einmal alle diejenigen Fragen besprochen worden, die bereits zu Beginn der Woche Gegenstand eingehender Unterredungen waren, insbesondere die Anweisung der bevorstehenden Konferenz in einen politischen Teil und in einen zweiten Teil, der die Arbeiten über den Young-Plan gewidmet sein soll. So hatte es die Reichsregierung richtig befunden, diejenigen Gesichtspunkte, die sie einmal bereits durch Herrn v. Hoersch hatte vorbringen lassen, noch einmal zu wiederholen, um ihnen noch mehr Nachdruck zu verleihen.

Noch immer kein Räumungsstermin!

Die Tribuns- und Räumungsfrage vor dem Unterhaus.

London, 11. Juli.

Die Tribuns- und Räumungsfrage war Gegenstand mehrerer Anfragen im Unterhaus. Schatzkanzler Snowden erklärte, daß die Regierung durch die Annahme der Empfehlungen der Pariser Sachverständigen in ihrer Handlungsfreiheit auf der bevorstehenden Konferenz in keiner Weise gebunden sei. Der Sachverständigenbericht werde gegenwärtig noch sorgfältig geprüft.

Der Kriegsminister gab bekannt, daß in diesem Jahre von der britischen Besatzungsarmee am Rhein keinerlei Pläne durchgeführt würden. Ueber den Räumungsstermin verriet der Minister jeden näheren Hinweis, doch lassen die letzten Erklärungen des Außenministers keinen Zweifel im Sinne der Räumung der deutschen Zivilangelegenheiten im Dienste der englischen Besatzungsarmee zum 1. September nicht ohne weiteres auf den zu diesem Zeitpunkt erfolgenden Abzug der englischen Truppen geschlossen werden kann. Für den völligen Abzug der Engländer kommt der 1. September, wie mehrfach betont wurde, nicht mehr in Frage. Das wahrscheinlichere Räumungsdatum liegt in der Nähe der Weihnachtzeit.

Es ist anzunehmen, daß die englische Regierung für den Fall, daß eine Einigung über die vollständige Räumung nicht erzielt werden kann, Zeit findet um die dahin auch eine Räumung unabhängig von den Besatzungsmaßnahmen durchzuführen.

Räumungsvorbereitungen in der 2. Zone.

Köln, 11. Juli. Das Reichsberndtensamt erhielt ein Schreiben der französischen Kommandantur, worin Anweisung für den Abrüstungsplan von Borräten, Wohnungs- und Bureau-Einrichtungen und sonstigen Material der Besatzung gegeben wird. Es ist dies die erste Mitteilung an eine deutsche Stelle, aus der sich ergeben läßt, daß tatsächlich in der Koblenz Zone Vorbereitungen zur Räumung getroffen werden. Die Borräte und das Material werden nach der dritten Zone geschafft. Dorthin sollen demnach auch eine Anzahl ömtlicher Besatzungsstellen verlegt werden, worauf wohl die Forderungen nach Wohnungsstellen in der dritten Zone zurückzuführen sind. Von der Verlegung von Truppen nach der dritten Zone ist bisher nichts bekannt.

Flottenabrüstung in England.

Bericht der Arbeiterregierung auf das U-Boot-Programmm.

London, 12. Juli.

Die Regierung soll nicht beabsichtigen, das gesamte Flottenabrüstungsprogramm der konservativen Regierung durchzuführen. Das Kabinett berate jetzt darüber, welche Neubauten getarnt werden können. Ursprünglich habe die Arbeit bestanden, das Programm vollkommen aufzugeben. Nur unter Berücksichtigung der Tatsache, daß viele Arbeiter dadurch brotlos würden, habe sich die Regierung entschlossen, ihre erste Entscheidung umzuwerfen. Im Augenblick herrsche im Kabinett aber Uneinigkeit darüber, daß U-Boot-Programmm fallen zu lassen.

In der Kabinettsitzung sei über diesen Punkt bereits verhandelt worden. Im übrigen würde die endgültige Entscheidung der Regierung, das U-Boot-Programmm aufzugeben, eine Geiste in der Abrüstungsfrage darstellen, die einen moralischen Einfluß auf die anderen Mächte ausüben würde. Die Vorklären würden die Regierung bei diesem Schritt unterstützen.

Der Nachdruck dieser Feststellungen liegt in dem Bericht auf das U-Boot-Programmm, für den eine Bestätigung abzuwarten bleibt.

Ueberwachungsanschluß völlig unnötig

... sagt der „Daily Telegraph“.

London, 12. Juli.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ berichtet ergänzend über den Inhalt der französischen Ultimatum, daß, abgesehen von der Einigung über den Zeitpunkt und der Annahme der englischen Forderung auf gleichzeitige Behandlung der politischen wie finanziellen und wirtschaftlichen Fragen, die französische Regierung noch nie vor durch geordnete, wenn auch gleichzeitige Verhandlung der politischen und finanziellen Fragen Sonderverträge für sich zu gewinnen habe. Sinkt der Absicht London als Vertragspartner verberge sich wahrheitsfalsch die französische Partei, auf diese Weise den Vorstoß der Konferenz zu erhalten.

Der Berichterstatter weist weiter darauf hin, daß gewisse, in der letzten Note angeführte Anregungen über das einseitige Verfahren auf britischer Seite Widerspruch finden dürften, so wenn man auf französischer Seite die Genfer Entscheidung vom September 1928 als endgültig hinzustellen laßt, als ob es sich um einen Vertrag zwischen Regierungen handle, während es in Wirklichkeit nur ein vorläufiges Uebereinkommen sei. England habe auch nicht wie Frankreich die Rheinlandräumung der Endregelung der Kriegsentlastungsfrage und Bildung eines Ueberwachungsanschlusses im Rheinland untergeordnet. Briand habe zwar in Genf einerseits versichert, diese Aufstellung durchzuführen, aber entgegenstehenden Widerspruch bei den deutschen Reichsfinanzminister gefunden. Schließlich habe man sich auf eine unabhängige, aber gleichzeitige Verhandlung aller drei Fragen geeinigt. Praktisch ist aber nur die Kriegsentlastungsfrage bisher erledigt worden, so daß